

Die Vollstreckung von Entscheiden und öffentlichen Urkunden gemäss schweizerischer Zivilprozessordnung

Vortrag vor dem St. Galler Juristenverein
vom 27. September 2012

PD Dr. iur. Sabine Kofmel Ehrenzeller

„One man can take
a horse to the well,
but ten can't make him
drink.“



I. Einleitende Bemerkungen

Die Vollstreckung von Entscheiden und öffentlichen Urkunden gemäss schweizerischer ZPO

- I. Einleitende Bemerkungen
- II. Übersicht über die Rechtsgrundlagen
- III. Anspruch auf Vollstreckung
- IV. Vollstreckung von Entscheiden
- V. Vollstreckung von öffentlichen Urkunden
- VI. Schlussbemerkungen

II. Übersicht über die Rechtsgrundlagen

- Art. 122 Abs. 1 BV → Art. 335-352 ZPO
- Kantonale Einführungsgesetze zur ZPO,
z.B. EG-ZPO des Kantons St. Gallen vom 15. Juni
2010
- Art. 6 EMRK

III. Anspruch auf Vollstreckung

Art. 6 EMRK:

Recht auf ein Gericht („the right to a court“)

(Urteil des EGMR von 1975 im Fall Golder)

➡ Recht auf Vollstreckung einer endgültigen,
verbindlichen Gerichtsentscheidung
(Urteil des EGMR von 1997 im Fall
Hornsby v. Greece)



„Darum führt die
Gerechtigkeit, die in der einen
Hand die Waagschale hält, mit
der sie das Recht abwägt, in
der andern das Schwert, mit
dem sie es behauptet. Das
Schwert ohne die Waage ist
die nackte Gewalt, die Waage
ohne das Schwert die
Ohnmacht des Rechts“

Jhering

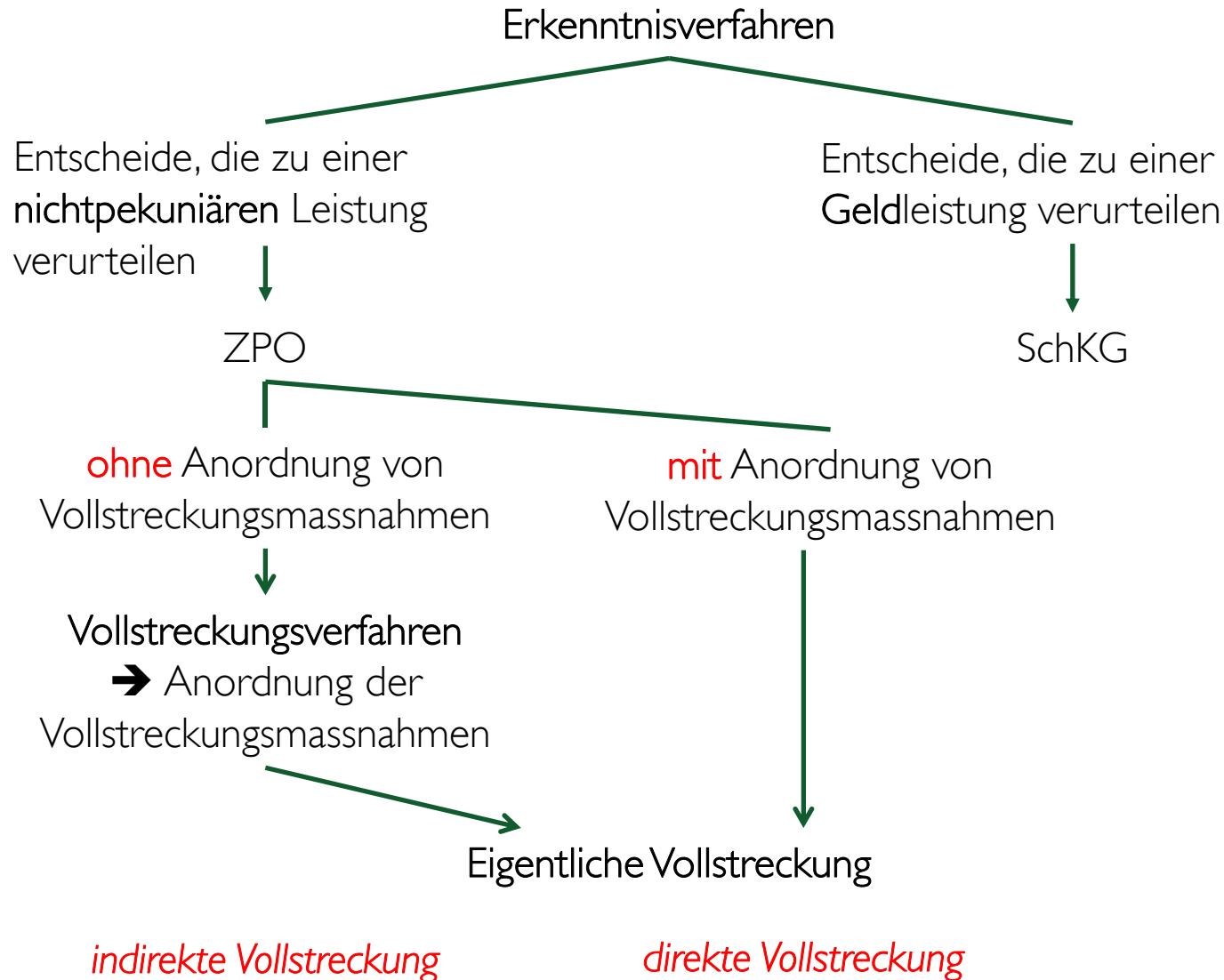
Zit. bei Kummer, ZPR, S. 249



IV. Vollstreckung von Entscheidungen

- Begriff des Entscheids
- Verfahrensablauf

IV. Vollstreckung von Entscheiden (Art. 335 ff. ZPO)



Indirekte Vollstreckung

Vollstreckungsverfahren

(Art. 338 ff. ZPO)

- Gerichtliche Behörde als zuständige Behörde
- Summarisches, kontradiktorisches Verfahren
- Einleitung mit einem Vollstreckungsgesuch
 - Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit darlegen (Art. 336 ZPO)
 - erforderliche Urkunden beilegen
- Prüfung der Vollstreckbarkeit v.A.w.
- Materielle Einwendungen der Gegenpartei (Art. 341 Abs. 3 ZPO)?
- Gutheissung des Vollstreckungsgesuchs
 - Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen (Art. 343 ZPO)

Art. 336 ZPO

Vollstreckbarkeit

- (1) Ein Entscheid ist vollstreckbar, wenn er:
 - a) **rechtskräftig** ist und das Gericht die *Vollstreckung nicht aufgeschoben* hat
(Art. 325 Abs. 2 und 331 Abs. 2);
oder
 - b) **noch nicht rechtskräftig** ist, jedoch die *vorzeitige Vollstreckung bewilligt* worden ist.
- (2) [...]

Indirekte Vollstreckung

Vollstreckungsverfahren

(Art. 338 ff. ZPO)

- Gerichtliche Behörde als zuständige Behörde
- Summarisches, kontradiktorisches Verfahren
- Einleitung mit einem Vollstreckungsgesuch
 - Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit darlegen (Art. 336 ZPO)
 - erforderliche Urkunden beilegen
- Prüfung der Vollstreckbarkeit v.A.w.
- Materielle Einwendungen der Gegenpartei (Art. 341 Abs. 3 ZPO)?
- Gutheissung des Vollstreckungsgesuchs
 - Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen (Art. 343 ZPO)

Art. 341 ZPO

[...]

- (3) Materiell kann die unterlegene Partei einwenden, dass seit *Eröffnung des Entscheids* Tatsachen eingetreten sind, welche der Vollstreckung entgegenstehen, wie insbesondere Tilgung, Stundung, Verjährung oder Verwirkung der geschuldeten Leistung. Tilgung und Stundung sind mit Urkunden zu beweisen.

Indirekte Vollstreckung

Vollstreckungsverfahren

(Art. 338 ff. ZPO)

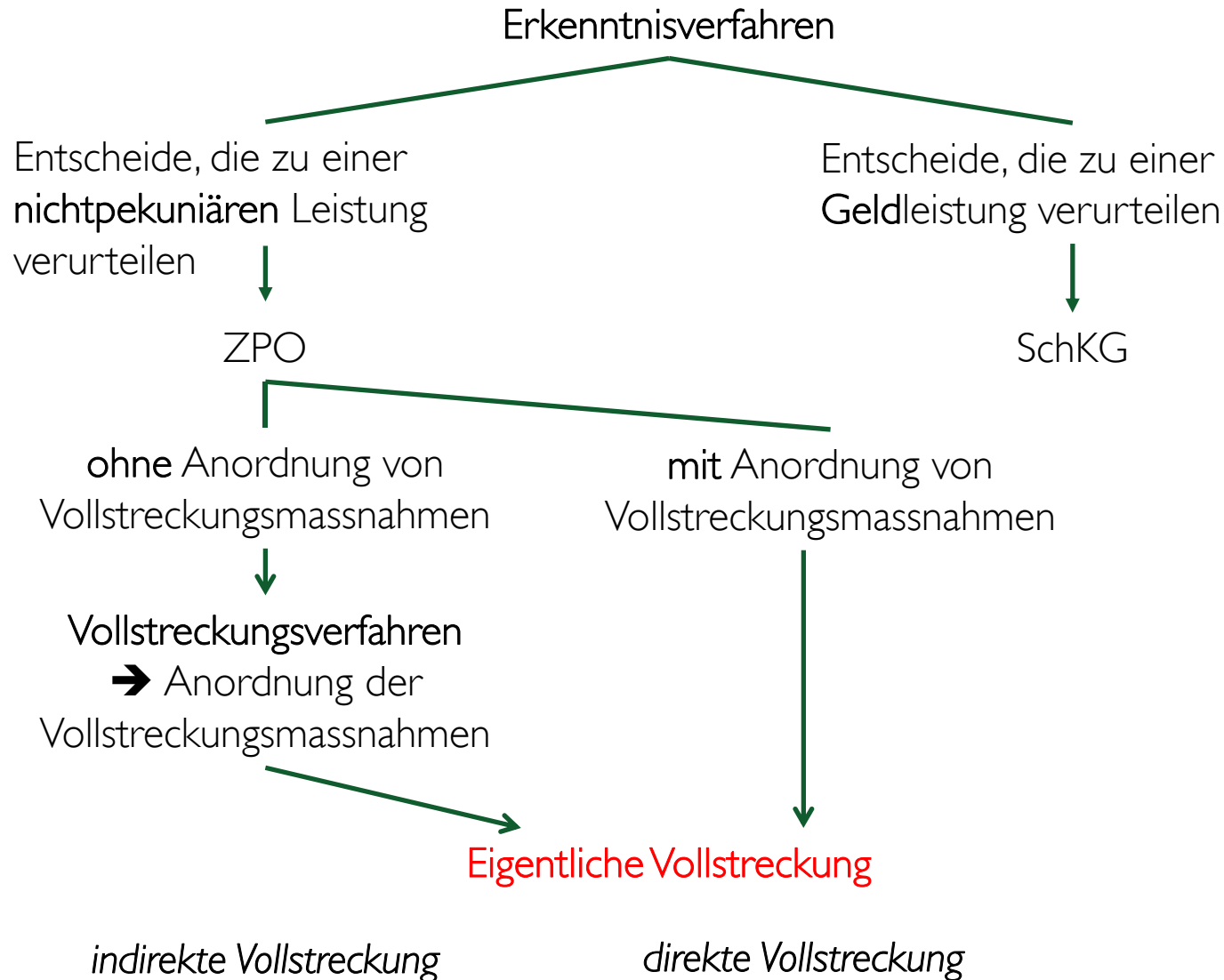
- Gerichtliche Behörde als zuständige Behörde
- Summarisches, kontradiktorisches Verfahren
- Einleitung mit einem Vollstreckungsgesuch
 - Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit darlegen (Art. 336 ZPO)
 - erforderliche Urkunden beilegen
- Prüfung der Vollstreckbarkeit v.A.w.
- Materielle Einwendungen der Gegenpartei (Art. 341 Abs. 3 ZPO)?
- Gutheissung des Vollstreckungsgesuchs
 - Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen (Art. 343 ZPO)

Art. 343 ZPO

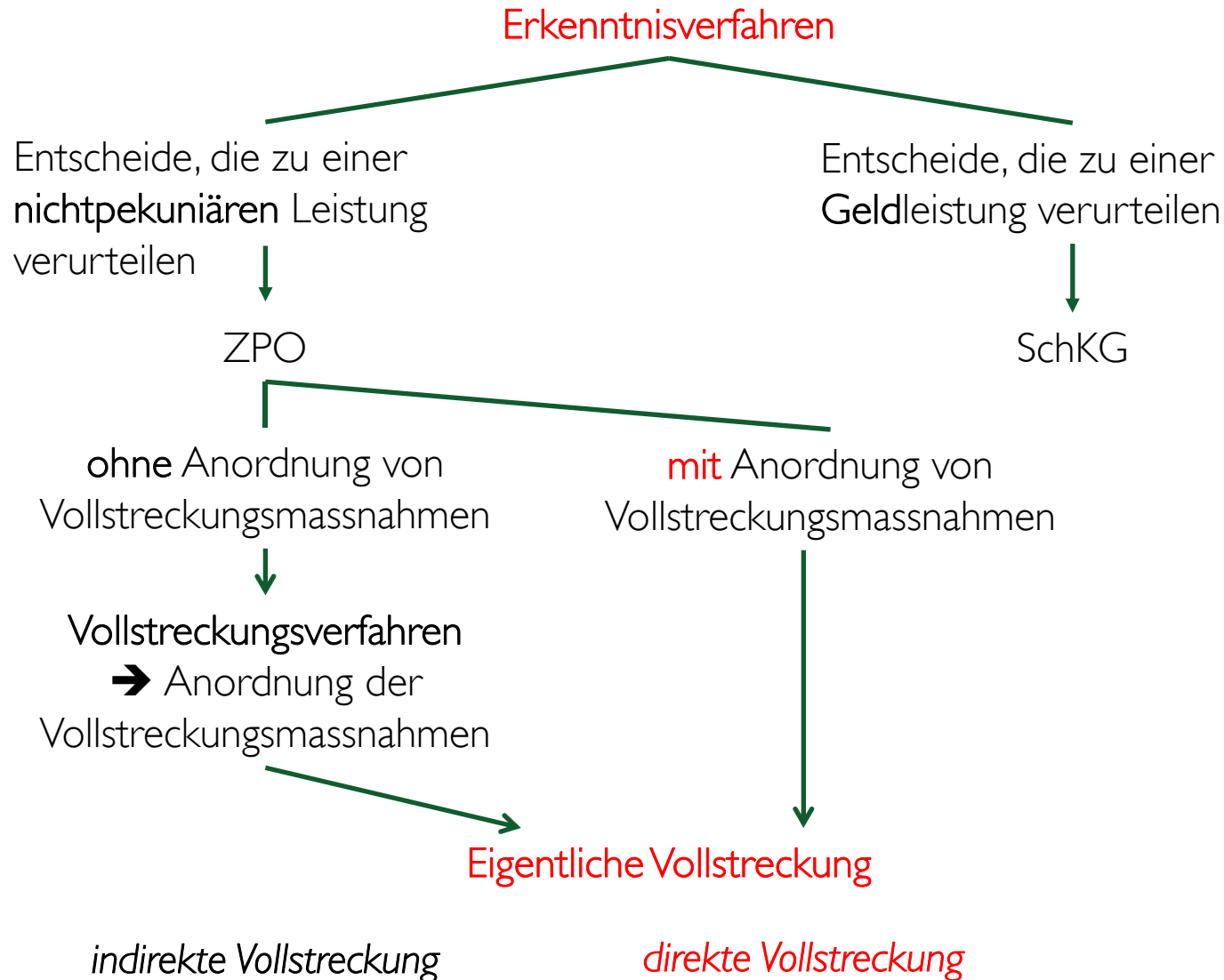
- (1) Lautet der Entscheid auf eine Verpflichtung zu einem Tun, Unterlassen oder Dulden, so kann das Vollstreckungsgericht anordnen:
- a. eine **Strafdrohung** nach Artikel 292 StGB;
 - b. eine **Ordnungsbusse** bis zu 5000 Franken;
 - c. eine **Ordnungsbusse** bis zu 1000 Franken für jeden Tag der Nichterfüllung;
 - d. eine **Zwangsmassnahme** wie Wegnahme einer beweglichen Sache oder Räumung eines Grundstückes; oder
 - e. eine **Ersatzvornahme**.

[...]

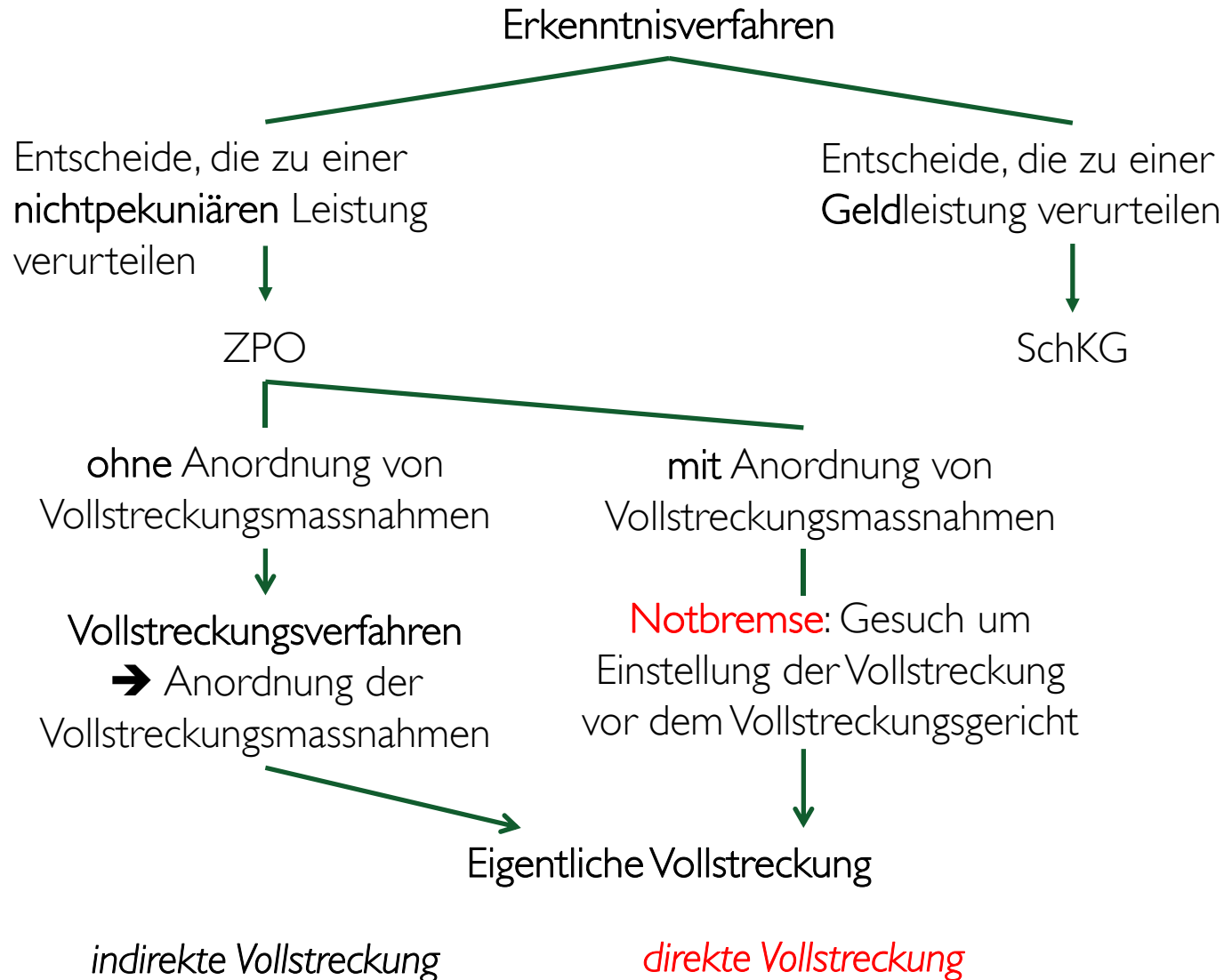
IV. Vollstreckung von Entscheiden (Art. 335 ff. ZPO)



IV. Vollstreckung von Entscheiden (Art. 335 ff. ZPO)



IV. Vollstreckung von Entscheiden (Art. 335 ff. ZPO)



V. Vollstreckung von öffentlichen Urkunden (Art. 347-352 ZPO)

- Legislatorische Neuerung
- Gründe für die Einführung
 - Beseitigung der Diskriminierung der Schweiz
 - praktisches Bedürfnis?

Beispiel

Künstler K übergibt der Firma F leihweise eine seiner Kunstfotographien. In einer öffentlichen Urkunde lassen K und F festhalten, dass F diese Photographie bis Ende 2015 dem K zurück zu geben hat.

- Anforderungen an die vollstreckbare öffentliche Urkunde?
- Verfahren für die Vollstreckung der öffentlichen Urkunde?

Anforderungen an die vollstreckbare öffentlichen Urkunde (Art. 347 f. ZPO)

- Gegenstand: keine Leistung nach Art. 348 ZPO
(Ausschluss des „sozialen
Zivilprozesses“)
- Öffentliche Urkunde gemäss kantonalem Recht
(Art. 1 ZPO, Art. 55 SchIT ZGB)
- Anforderungen nach Art. 347 ZPO

Vollstreckbare öffentliche Urkunde

Anforderungen nach Art. 347 ZPO

- Unterwerfungserklärung (lit. a)
Z.B.: „Ich, NN, anerkenne für die hier verurkundete Schuld die direkte Vollstreckung nach Art. 347 ff. ZPO“
- Erwähnung des **Rechtsgrunds** der geschuldeten Leistung (lit. b)
z.B. Leihe, Darlehen
- die **geschuldete Leistung ist** (lit c.)
 - genügend bestimmt
 - anerkannt
 - fällig (im Zeitpunkt der Vollstreckung)

Anforderungen nach Art. 347 ZPO

Beispiel

„Ich, F (Firma), anerkenne, K (Künstler) aus Leihe vom ... die Photographie X bis spätestens am 31. Dezember 2015 herausgeben zu müssen. Hinsichtlich dieser Herausgabepflicht anerkenne ich die direkte Vollstreckung nach Art. 347 ff. ZPO“.

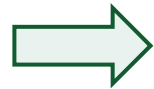
Verfahren für die Vollstreckung einer öffentlichen Urkunde

Freie Option der berechtigten Partei:

- Verfahren nach Art. 350 f. ZPO
 - direkte Vollstreckung der öffentlichen Urkunde
- Zivilprozess und anschliessende Vollstreckung des Entscheids nach Art. 335 ff. ZPO

Vollstreckung einer verurkundeten Realleistung

Vollstreckbare
öffentliche Urkunde
gem. ZPO 347 ff.



Verfahren nach
ZPO 350 f.

1. Einleitungs-
verfahren

2. Vollstreckungs-
verfahren



eigentliche
Vollstreckung

D.h.: **Vollstreckung der Realleistung ohne vorgängigen Zivilprozess**

Verfahren zur Vollstreckung einer verurkundeten **Realleistung** (Art. 350 f. ZPO)

1. „Einleitungsverfahren“ (Art. 350 Abs. 1 ZPO)

- Zustellungsbegehren an die Urkundsperson
(analog Betreibungsbegehren nach SchKG 67)
- Zustellung der Urkunde und Fristsetzung
(analog Zustellung des Zahlungsbefehls nach SchKG 71)

2. Vollstreckungsverfahren vor dem Vollstreckungsgericht (Art. 350 Abs. 2, 351 ZPO)

- grundsätzlich wie das Vollstreckungsverfahren nach Art. 338
ff. ZPO
- Abweichungen gemäss Art. 351 ZPO (mehr Einwendungen)

Vollstreckung einer verurkundeten Realleistung

Vollstreckbare
öffentliche Urkunde
gem. ZPO 347 ff.



Verfahren nach
ZPO 350 f.

1. Einleitungs-
verfahren

2. Vollstreckungs-
verfahren



eigentliche
Vollstreckung

➤ Anordnung von
Vollstreckungs-
massnahmen

Verfahren zur Vollstreckung einer öffentlich verurkundeten **Geldleistung**

- Betreibungsverfahren nach SchKG
- Vollstreckbare öffentliche Urkunde als **definitiver Rechtsöffnungstitel** nach Art. 80, 81 SchKG
(Art. 349 ZPO)

Aber: mehr materielle Einreden zulässig als bei einem
Entscheid (Art. 81 Abs. 2 SchKG)

Anspruch auf gerichtliche Beurteilung (Art. 352 ZPO)

- Gemäss öffentlicher Urkunde **berechtigte Partei**
 - Leistungsklage (Art. 84 ZPO);
Anerkennungsklage (Art. 79 SchKG)
- Gemäss öffentlicher Urkunde **verpflichtete Partei**
 - negative Feststellungsklage (Art. 88 ZPO;
Art. 85a SchKG)
 - (Rück-)Leistungsklage (Art. 84 ZPO);
Rückforderungsklage (Art. 86 SchKG)

Recht auf Zugang zum Gericht (Art. 6 EMRK, Art. 29a BV)

- Recht der verpflichteten Partei,
vor der Vollstreckung die fragliche Schuld in einem gerichtlichen Verfahren mit sämtlichen rechtsstaatlichen Garantien abklären zu lassen.
- Recht der „berechtigten“ Partei,
bei einer Verweigerung der Vollstreckung den von ihr geltend gemachten Anspruch in einem Verfahren mit sämtlichen rechtsstaatlichen Garantien abklären zu lassen.

VI. Schlussbemerkungen